

Ein wesentlich neues Bild der beiden Herrscher ergibt sich dabei zwar nicht, doch einzelne Akzente können deutlicher betont werden als bisher; das betrifft das Verhältnis der Briefschreiber untereinander ebenso wie die teilweise höchst kontroversen politischen Konflikte beider Persönlichkeiten, des Königs und seines bereits früh als Thronfolger vorgesehenen Bruders. Die Briefe zeigen, wie der Herausgeber bereits in seiner Einleitung betont, „daß Wilhelm stets derjenige war, der in die Offensive ging, sofort mit unverblümter Kritik aufwartete und Entscheidungen oder Pläne des Bruders korrigierte oder rückgängig machen wollte. Friedrich Wilhelm IV. ist dagegen stets in der Defensive und muß sich vor den Anwürfen Wilhelms immer wieder rechtfertigen. Dabei kommt es [...] mehrfach zu fundamentalen Zusammenstößen, bei denen der König, den man gemeinhin als weich und beeinflussbar kennt, seinen Willen mit großer Härte durchsetzt“. Tatsächlich waren, wie Baumgart hinzufügt, „der Offensivgeist und die Kritikbesessenheit Wilhelms in dem in diesen Briefen herrschenden Ausmaß bisher nicht bekannt, da er in den späteren Jahren der Bismarckzeit im wesentlichen nur als nachgiebiger und defensiver Herrscher erscheint“ (S. 9).

Die großen Themen des Briefwechsels umfassen, neben im engeren Sinne familiären und dynastischen Angelegenheiten, die um die Mitte des 19. Jahrhunderts dominierenden politischen Zeitfragen, darunter den Streit um die preußische Verfassungsfrage zwischen 1840 und 1847/48, sodann die (in manchen hier zutage tretenden Details deutlich aufgehellte) Flucht Wilhelms nach England im Frühjahr 1848 und den badischen Feldzug des Frühjahrs 1849, die dem preußischen Thronfolger den wenig schmeichelhaften Beinamen eines „Kartätschenprinzen“ einbrachte. In den Debatten über die „deutsche Frage“ um 1850 und dann auch in den folgenden Jahren zeigte sich der bis dahin als ausgesprochen „reaktionär“ geltende Wilhelm seinem immer noch an romantischen politischen Ideen festhaltenden, den modernen Konstitutionalismus nur widerwillig akzeptierenden königlichen Bruder allerdings deutlich überlegen. Wilhelms zeitweilige Hinneigung zum gemäßigt liberalen Lager führte jetzt ebenso zu neuen Konflikten wie seine stärker „westmächtlige“ Orientierung im Krimkrieg, während Friedrich Wilhelm IV. strikt am preußischen Neutralitätskurs festhielt. – Dies alles war in den Umrissen zwar bisher bereits bekannt, es kann nun jedoch auch in seinen spezifischen Details (und mit manchen, bisher vollständig unbekanntem aufschlussreichen Einzelheiten) nachgelesen und sehr viel deutlicher konturiert werden. Für die Kenner stellt dieser Briefwechsel deshalb eine partiell überaus spannende und immer wieder erhellende Lektüre dar.

Kordula Kühlem (Bearb.), Carl Duisberg (1861–1935). Briefe eines Industriellen. Eingel. v. *Kordula Kühlem*. (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, [Bd. 68].) München, Oldenbourg 2012. VIII, 766 S., € 118,-.

// DOI 10.1515/hzhz-2014-0489

Kim Christian Priemel, Berlin

Carl Duisberg zählt zu den Ausnahmegestalten in der deutschen Unternehmensgeschichte: Als Wissenschaftler, Unternehmer und vielfacher Verbandschef gehörte der langjährige Direktor der Farbenfabriken Bayer und Aufsichtsratsvorsitzende der I. G. Farbenindustrie zu den frühen Vertretern des Typus des Multifunktionärs. Seine herausragende Stellung in der deutschen Privatwirtschaft spiegeln bereits mehrere biographische Arbeiten und Editionen seiner Korrespondenzen. Kordula Kühlem hat dieser Sammlung nun eine neue, weit umfassendere und wissenschaftlich ungleich ergiebige Anthologie von Duisbergs Briefen hinzugefügt. Aus einer kaum zu überschauenden Zahl von Briefen – allein die von Duisberg angelegte Autographensammlung umfasst rund 20000 Korrespondenzstücke – hat Kühlem 259 Briefe ausgewählt, mustergültig ediert und mit einer knappen biographischen Skizze eingeleitet. Über Regesten und Indizes sind die Briefe hervorragend erschlossen und bieten reiches Material nicht nur für Unternehmenshistoriker. Denn Kühlems Zusammenstellung folgt dezidiert repräsentativen Kriterien und deckt so das weitgespannte Tätigkeitsfeld wie auch das persönliche Netzwerk Duisbergs ab. Briefe an – das Fehlen der jeweiligen Erstschriften oder Antworten von Duisbergs Gesprächspartnern ist das einzige Manko des Bandes – Wissenschaftler, Unternehmer, Verbandsvertreter, Ministerialbeamte, Freunde und die Familie geben einen guten Eindruck von der Vielfalt von Duisbergs Aktivitäten und erlauben Einblick in seine Ziele, Strategien und Taktiken, etwa bei der Anbahnung des „Dreibundes“ aus Bayer, BASF und Agfa 1904 (z.B. Dok. 27), oder in seine Tätigkeit als Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in den 1920er Jahren. Die Korrespondenzen spiegeln dabei Duisbergs vielseitige Interessen, doch dankbarerweise unterschlägt die Edition nicht schlichtere Gedanken wie seine amateurspsychologischen Einlassungen über den Kalifornier im Allgemeinen (S. 573 f.).

Zwei Einschränkungen der Bandbreite der Duisberg'schen Briefe werden bei der Lektüre rasch deutlich. Zum einen sind firmeninterne Belange letztlich unterrepräsentiert, wohl weil das Gros solcher Fragen in Sitzungen, persönlichen Gesprächen und Aktennotizen geklärt wurde. Zum anderen fällt die Zahl politischer Amtsträger,

die sich unter Duisbergs Korrespondenzpartnern finden, bemerkenswert gering aus. Mit Ausnahme der Jahre des Ersten Weltkriegs, die in der vorliegenden Sammlung besonders dicht überliefert sind, finden sich etwa die großen Namen der Weimarer Republik eher spärlich. Dies entsprach, so Kühlem in ihrer Einleitung, durchaus Duisbergs apolitischem Selbstverständnis, das indes nur Parlament und Parteien, keineswegs aber wirtschaftspolitische Zurückhaltung oder gar Abstinenz von Machtfragen meinte.

Eben dieses verkürzte Konzept politischen Denkens drückt sich in den Briefen aus Duisbergs letzten Lebensjahren aus, in denen das NS-Regime kaum Erwähnung findet, an wenigen Stellen kritische Resonanz aus dem Ausland zurückgewiesen und dem 1933 emigrierten Paul Silverberg in – für einen so klugen Kopf wie Duisberg – irritierender Fehleinschätzung zur Rückkehr nach Deutschland geraten wird. Zugleich illustriert der Umstand, dass Duisberg wiederholt und ohne Not das „Führerprinzip“ lobt (S. 692f.) sowie schon 1924 gegenüber völkischen Studierendenvertretern darauf hinweist, in seiner Familie habe seit Jahrhunderten „auch nicht die geringste Einmischung fremden Blutes stattgefunden“ (S. 540, vgl. auch S. 685), dass die gedankliche Nähe zu nationalsozialistischen Ideen keineswegs auf das äußerste rechte Spektrum der deutschen Unternehmerschaft beschränkt war. Duisberg scheint daher, trotz seiner exzeptionellen Stellung, doch typischer, als es zunächst den Anschein haben mag. Seine offene Selbsteinschätzung als bekenntlicher „Opportunist“ (S. 363) fügt sich da in das – dank Kühlems skrupulöser Arbeit nun noch facettenreichere – Bild.

Otto von Bismarck, Gesammelte Werke. Neue Friedrichsruher Ausgabe (NFA). Hrsg. v. *Holger Afflerbach, Konrad Canis, Lothar Gall, Klaus Hildebrand* u. *Eberhard Kolb*. Abt. 3: 1871–1898. Schriften. Bd. 6: 1884–1885. Bearb. v. *Ulrich Lappenküper*. Paderborn/München/Wien, Schöningh 2011. CXXIII, 855 S., € 78,-.
// DOI 10.1515/hzhz-2014-0490

Matthias Stickler, Würzburg

Der sechste Band der „Neuen Friedrichsruher Ausgabe“ wurde erneut von Ulrich Lappenküper, seit 2009 Geschäftsführer der Otto-von-Bismarck-Stiftung, bearbeitet. Dieser verfasste auch die dreißigseitige Einführung, die dem Benutzer eine Schneise in den Wald der 563 abgedruckten Dokumente schlägt, von denen 331 erstmals pu-

bliziert werden. Diese ergänzen die „alte“ Friedrichsruher Ausgabe auf sinnvolle Weise, vieles wird durch sie klarer und nachvollziehbarer. So etwa im Hinblick auf die Kolonialpolitik Bismarcks, dem es in den 1880er Jahren vorrangig darum ging, die seit 1871 schwer belasteten Beziehungen zu Frankreich zu verbessern, indem er dessen koloniale Ambitionen in Afrika gegen die Interessen Großbritanniens unterstützte. Innenpolitische, auf Verhinderung eines liberalen, englandfreundlichen „deutschen Kabinetts Gladstone“ im Falle eines Thronwechsels gerichtete Ambitionen spielten demgegenüber für Bismarck nur eine untergeordnete Rolle. Überaus deutlich wird auch, dass Österreich-Ungarn für den „Eisernen Kanzler“ seit dem Abschluss des Zweibund-Vertrags der wichtigste Bündnispartner war, weil diese Allianz für ihn auf Dauer angelegt war. Eine solche Konstellation setzte allerdings ein unbedingtes Interesse an der innenpolitischen Stabilität der Doppelmonarchie voraus, weshalb Bismarck großdeutsche Ambitionen des österreichischen Deutschliberalismus scharf kritisierte und in den regierenden magyrischen Eliten, trotz deren mehrheitlich russlandfeindlicher Einstellung, natürliche Verbündete der preußisch-deutschen Interessen erblickte, da jene die Gewinner des Ausgleichs von 1867 gewesen waren. In Bismarcks Perspektive beruhte das Bündnis mit Wien ganz maßgeblich auf einem dynastisch fundierten, im Kern antiparlamentarischen Konsens.

Erhellend sind auch die in dem vorliegenden Band aufgeführten Dokumente betreffend König Ludwig II. von Bayern, mit dem Bismarck als einzigem Bundesfürsten regelmäßig über politische Fragen korrespondierte. Sie belegen die Wertschätzung, die der Reichskanzler für Ludwig empfand, wobei er sich der schwierigen Lage, in die sich der König wegen seiner privaten Finanzprobleme gebracht hatte, aber sehr wohl bewusst war. Keinesfalls sollten, auch vor dem Hintergrund des immer noch nicht völlig beigelegten Kulturkampfes, die ultramontanen Kräfte in Bayern aus dieser Krise Kapital schlagen können. Ambivalent war Bismarcks Haltung zum föderativen Charakter der Reichsverfassung: Obgleich er in seiner Korrespondenz mit dem Bayernkönig diese stets bekräftigte, zeigt beispielsweise sein Agieren in der Braunschweiger Thronfolgefrage nachdrücklich, dass Bismarck aus Gründen der preußischen Staatsraison bedenkenlos einzelstaatliche Interessen wie auch die Rechte des Bundesrats beiseite wischte, weshalb er auch die Wahl eines preußischen Regenten in diesem Bundesstaat betrieb. Die Braunschweigische Erbfolgefrage belegt zudem eindrucksvoll, dass Bismarck politisch ein langes Gedächtnis hatte und Versöhnungsbereitschaft nicht zu seinen Stärken gehörte.

Dies zeigt auch der Fall des linksliberalen Reichstagsabgeordneten Eduard Las-